**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Freitag, 9. Mai 1947.**

**Hier sprechen die Parteien zur Wahl**

**Evangelische Kirche für Elternrecht**

Im Namen der Kirche forderte der evangelische Bischof von Berlin, Dr. Otto Dibellius, auf einem Presseempfang ein Ende der Verweltlichung des ganzen öffentlichen Lebens. „Die Kirche stellte diese Forderung, weil sie überzeugt ist, daß nur im Christentum die Kraft liegt, die uns retten kann. Wir brauchen eine christliche Schule mit christlicher Lehrerbildungsanstalt, und wir brauchen einen christlichen Einfluß in Presse und Rundfunk. Wenn man uns in den Programmen der bestehenden Rundfunksender keinen größeren Einfluß geben will, so soll man uns einen kirchlichen Sender geben, dessen Programm wir zusammen mit den Katholiken bestreiten würden. Wenn man eine weltliche Staatsschule durchführend will, soll man uns die Erlaubnis zur Gründung von Privatschulen geben, damit die christlichen Eltern ihre Kinder christlich erziehen lassen können.“

Damit hat Bischof Dibellius, der aktives Mitglied der CDU ist, seinen evangelischen Glaubensgenossen den politischen Weg gewiesen. In der Verfassung von Rheinland-Pfalz sind entsprechend den Forderungen des Bischofs starke Sicherungen gegen den Gedanken der Staatsallmacht und des Staatsabsolutismus verankert. Insbesondere in der Schulfrage hat die CDU es durchgesetzt, daß das Elternrecht zur unbedingten Anerkennung kommt.

Der gläubige evangelische Christ stimmt daher am 18. Mai für die Verfassung und für die Schulartikel der CDU, welche das Elternrecht und den Elternwillen zur Grundlage der Gestaltung des Schulwesens machen, mit „Ja“.